EP-FR-01/01

Was Frieden sichert

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt:	EP-FR Was Frieden schützt

Antragstext

Geänderte Überschrift* Was Frieden sichert

Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine und die massive Gegenreaktion der westlichen Staaten mit Aufrüstung und massivsten Waffenlieferungen – aber ohne ernsthaften Versuch einer diplomatischen Lösung – haben gezeigt: Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen immer wieder aufs Neue gesichert und gestärkt werden.

Allerdings müssen wir jetzt uns und unseren Verbündeten sowie unseren ukrainischen Freund*innen die Frage stellen und mit ihnen gemeinsam beantworten, was das Ziel der Unterstützung sein soll. Die immer wieder geforderte militärische Niederlage Russlands, der stärksten Atomwaffenmacht, oder gar eine Zerstörung des russischen Staates? Das kann in Anbetracht der wahrscheinlichen Folgen kein realistisches Ziel sein. Und auch ein langjähriger Stellungskrieg ist für die Menschen auf beiden Seiten (auch russische Soldaten, die meistens nicht freiwillig im Krieg sind, sind Menschen) keine Lösung.

Daher führt kein Weg an der Aufnahme diplomatischer Initiativen für eine Lösung des Krieges vorbei. Das wird die Grüne Fraktion im EP initiieren.

Um den Frieden in Europa wieder herzustellen und dann dauerhaft zu erhalten, muss das Denken
in Einflusssphären überwunden werden. Das gilt nicht nur für Russland und die NATO, sondern auch für die EU, deren Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik immer wieder auf Widerstand stößt. In dieser Gemengelage muss an die Stelle von Machtpolitik der faire Ausgleich von Interessen treten.

Im Zuge der Globalisierung haben sich große Schwellenländer zu wirtschaftlichen Schwergewichten herausgebildet. Die Länder des Südens entwickeln ein neues Selbstbewusstsein
und wollen sich nicht länger bevormunden und ausbeuten lassen. Und die USA sind bereit, ihre globale Vormachtstellung mit allen Mitteln zu verteidigen.

Während sich eine multipolare Weltordnung herausbildet, nehmen die Spannungen weltweit zu. Deutschland und die Europäische Union müssen eine eigenständigere Position gegenüber den USA
finden, die schon länger einen konfrontativen Kurs gegenüber Russland und China fahren.

Wir lassen uns nicht von einer resignativen Haltung anstecken, die meint, dass in der gegenwärtigen Lage alleine militärische Gewalt weiterhilft. Vielmehr suchen wir aktiv Chancen für Deeskalation, Gewaltminimierung und Entspannung. Dieser Einsatz für eine Kultur der Gewaltfreiheit umfasst als wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der Außenpolitik. Unser Ziel bleibt, durch eine Politik für Gewaltfreiheit mittel- und langfristig die politische Institution des Krieges zu überwinden.

Friedliche Entwicklung und Kooperation auf globaler Ebene sind unerlässlich. Denn nur gemeinsam haben wir als Menschheit die Chance, den Klimawandel noch so weit auszubremsen,
dass auch künftige Generationen ein lebenswertes Umfeld vorfinden. Die Europäische Union muss sich also um Vertrauensbildung, um Zusammenarbeit über die Blockgrenzen hinweg und damit eine Verhandlungslösung für den Ukraine-Krieg bemühen.

Die EU ist ein Friedensprojekt, kein militärisches Verteidigungsbündnis. Dauerhafter Friede beruht auf Verständigung, Austausch und Zusammenarbeit, nicht auf Aufrüstung. Die Europäische Union hat in ihrem Innern bewiesen, dass sie in der Lage ist, für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Sie hat gezeigt: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und zum Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen Zeiten.

Die GRÜNE haben immer davor gewarnt, dass autokratische Regime wie Russland oder Saudi-Arabien im Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger*innen handeln, um ihre imperialen Ziele mit Gewalt durchzusetzen.

Mit diesen Einschränkungen war der Ansatz „Wandel durch Handel“ des Architekten der Ostpolitik (Egon Bahr) gemeinsam mit Brandt sehr erfolgreich und hat die Grundlagen geschaffen aus zwei deutschen Staaten einen zu machen. Allerdings hat man die daraus erwachsenen Chancen zur Neuordnung Europas nicht genutzt. Daraus lernen wir: Nur Kooperation
statt Konfrontation führt zum Erfolg und zum Frieden.

Deshalb treten wir ein für eine Europäische Union, die ihre Abhängigkeiten – auch von den USA – verringert und global Verantwortung übernimmt. Eine handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, wäre der beste Schutz gegen all jene Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte tatsächlich, ernsthaft und konsequent in den Mittelpunkt und nicht wie oft bisher gegenüber wirtschaftlichen Interessen zurückstellt.

Frieden und Freiheit erwachsen aber nicht aus Abschottung, sondern aus freundschaftlichen, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhenden Beziehungen zwischen den Nationen und einem wertegeleiteten und fairen Umgang mit
unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür sind die Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken und gerechter gestalten wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den Frieden zu wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Die EU muss aktiv um Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben und dabei den Ausgleich bisheriger Fehler vorantreiben. Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale Gerechtigkeit fördern.

Dazu ist es notwendig, diese Länder verstärkt zu unterstützen. Die Entwicklungshilfe darf nicht gekürzt werden. Stattdessen fordern wir die sofortige Erhöhung der Entwicklungshilfe auf die von den UN geforderte Höhe von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens. Noch wichtiger

als Entwicklungshilfe wäre ein Schuldenerlass, da die Entwicklungshilfe weit unter dem Kapitaldienst der Länder des globalen Südens an den Norden liegt. Dafür werden wir uns in der EU einsetzen. Es kommt aber nicht nur auf die Quantität der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell und unbürokratisch umzusetzen. Die vereinbarten Ausgleichszahlungen der Industrieländer müssen vor allem den bedürftigsten Ländern zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser Klimaabkommens beitragen. Die EU muss sich für die Einhaltung und Ausweitung dieser Vereinbarung einsetzen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als
nachhaltiges Instrument gegen Armut.

Die Entwicklungshilfe darf nicht den Interessen europäischer oder multinationaler Konzerne dienen, sondern muss als Hilfe zur Selbsthilfe für den globalen Süden erfolgen, um die sozialen und ökologischen Krisen der Klimaänderung vor Ort zu bekämpfen. Die Handelsverträge
der EU sind ungerecht. Der Zwang zum Abbau von Zöllen und die Öffnung für EU-Waren wirkt sich so aus, dass in Wirklichkeit die europäischen Länder profitieren, weil die armen Länder ihre Produkte unverarbeitet exportieren müssen und die Weiterverarbeitung bei industriellen Rohstoffen, bei Agrarprodukten wie Kaffee oder Kakao, selbst bei Früchten i.d.R. in Europa geschieht und der Gewinn in Europa und nicht im globalen Süden entsteht. Faire Handelsbeziehungen bedeuten, dass die lokale Produktion vor Billigimporten geschützt wird. Bei Handelsverträgen müssen neben den wirtschaftlichen Zielen immer auch die ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Folgen berücksichtigt werden. Das EU-Mercosur-Handelsabkommen darf nicht ohne den Schutz des Regenwaldes und der dort lebenden indigenen
Bevölkerung unterzeichnet werden. Der Regenwaldschutz muss direkt in den sanktionsbewehrten
„Streitbeilegungsmechanismus“ des Abkommens integriert und ein Anreizsystem geschaffen werden, bei dem Waldschutz-Ziele festgelegt und erst bei einer Erfüllung alle drei Jahre neue Handelserleichterungen freigeschaltet werden.

Oft genug fehlen bei Verhandlungen sozial und kulturell benachteiligte Gruppen ,vor allem Frauen. Das macht es schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind nachweislich friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger, wenn Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in der Außen- und Sicherheitspolitik gleichermaßen vertreten sind.

Das gilt umso mehr, da sich die größte Herausforderung der Menschheit, die Klimakrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten haben durch ihre jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen Interesse selbst schnell klimaneutral werden und zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu klimaneutraler Lebensqualität partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die Klimadiplomatie ins Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die Weichen für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen werden, unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen unter gerechten Bedingungen zu

sichern. Dabei muss die EU auch weltweit vor allem den privatwirtschaftlichen Interessen einen Riegel vorschieben, die vorrangig Gewinnmaximierung als Ziel haben.

1. Krieg ist keine Lösung

Alle wissenschaftlichen und insbesondere psychologischen Erkenntnisse zeigen, dass Krieg im 21. Jahrhundert keine Lösung mehr sein kann und darf. Vielmehr ist die Gefahr nicht zu übersehen, dass eine Eskalation zum Atomkrieg das Ende der Zivilisation – wie wir sie kennen –führen wird.

Besonders im Fall des Russland-Ukraine-Krieges ist absehbar, dass eine weitere Aufrüstung der Ukraine entweder den Krieg auf etliche Jahre hinaus verlängern oder aber mit zunehmender Dauer des Krieges eine atomare Eskalation immer wahrscheinlicher wird. Eine ungehemmte und ungeprüfte massive Aufrüstung der Ukraine ist nicht zu rechtfertigen. Der Export des Taurus-Abwehrsystems vergrößert die Gefahr der Eskalation ins Unkalkulierbare und droht Deutschland wegen der Programmierungen zur Kriegspartei werden zu lassen. Die Menschen in der EU sind schon jetzt massiv von den Auswirkungen dieses Krieges betroffen, sei es durch Preissteigerungen für Lebensmittel, Mieten und Energie, sei es durch die massiven Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich zugunsten von militärischer Aufrüstung, Waffenhilfe und Unterstützung des Staatshaushalts der Ukraine. Dies verschärft die soziale Spaltung.

Daher muss die Europäische Union unbedingt und schnellstens den Weg einer diplomatischen Lösung einschlagen. Dass dies nicht zulasten der dort lebenden Bevölkerung geschehen kann, ist dabei selbstverständlich. Allerdings sind auch die Interessen der russischstämmigen Ukrainer*innen in ihren Minderheitsrechten angemessen zu berücksichtigen, wie das im Minsker Abkommen vorgesehen war. Faire und überwachte Wahlen könnten diplomatische Lösungen legitimieren.

Wir lehnen den Einsatz von Streumunition kategorisch ab. Zu den mehr als 120 Ländern, die Streumunition geächtet haben, gehört auch Deutschland. Als völkerrechtlich gültiger Vertrag verbietet das Übereinkommen über Streumunition (sog. „Oslo-Übereinkommen“) seit 2010 den Einsatz, die Entwicklung, die Herstellung, den Erwerb, die Lagerung, die Weitergabe und die Unterstützung beim Einsatz von Streumunition. Nach Artikel 21 Absatz 2 des Oslo-Übereinkommens verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, sich nach besten Kräften zu bemühen, Staaten, die nicht Vertragsparteien des Übereinkommens sind, vom Einsatz von Streumunition abzubringen. Ebenso lehnen wir den Einsatz von Krankheit, Vergiftung, massive Erbschäden und Tod bringende DU- (Uran-) Munition ab.

Das Europa, das wir gestalten wollen, schützt und verteidigt die eigenen Werte. Wir müssen anerkennen, dass es in anderen Regionen der Welt andere politische Systeme und andere kulturelle Werte gibt, die wir respektieren müssen. Der Globale Süden hat ein Recht, einen Umgang auf Augenhöhe einzufordern. Die in der Charta der Vereinten Nationen von 193 Mitgliedsstaaten vereinbarten universellen Ziele müssen dafür die Grundlage bilden. Nur gemeinsam können wir das Erreichen der Milleniumsziele und den Kampf gegen die Klimakrise

bewältigen. An diesem Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein. Und zu diesem Europa muss in Zukunft auch wieder Russland gehören.

2. Eine europäische Außenpolitik

Gemeinsam außenpolitisch handeln

Wir benötigen eine eigenständige EU, die als weltpolitische Akteurin agieren kann. Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein, die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

Das Klima global schützen

Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Sie verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel und Wasser.

Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke Klimaaußenpolitik der EU, die ihr Möglichstes tut, um das Pariser Klimaabkommen zu retten. Wir stehen für eine EU, die weltweit Partnerschaften auf Augenhöhe unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft für die Minderung des CO2-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme und ihrer Energieversorgung sowie bei der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der Vereinbarung im Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass umgehend jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens eingesetzt werden. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung eines Loss-and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten Gemeinschaften
finanziell angemessen unterstützen soll.

Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Kunming-Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement mit den am stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

Internationale Organisationen stärken

Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale Staatengemeinschaft in der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie – im Gegensatz zum Sicherheitsrat – handlungsfähig
ist, als eine überragende Mehrheit den russischen Einmarsch in die Ukraine auf das Schärfste missbilligte und die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel forderte.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen wie der UN. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Veto-Möglichkeit der bisherigen fünf Veto-berechtigten Staaten ersatzlos gestrichen wird. Strittige Entscheidungen sollen künftig im deutlich erweiterten Sicherheitsrat mit 2/3 Mehrheit gefällt werden. Sollte der Sicherheitsrat zu keiner Entscheidung kommen, übernimmt die UN-Vollversammlung, damit die UN
bei Krisen handlungsfähig bleibt.

Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits begonnen hat, muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und Demokratisierung einsetzen, um angemessen auf die heutigen globalen und entwicklungspolitischen Herausforderungen reagieren
zu können. UN-Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen. Die EU muss diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

Menschenrechte weltweit verteidigen

Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste niedergeschlagen. Wir setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-Verteidiger*innen.

Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit und Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen durch die UN legitimierte Sanktionen für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße. Sanktionen und Wirtschaftsblockaden, welche schädliche Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung haben, wie dies z.B. bei Sanktionen gegen den Irak und Syrien bzgl. Medikamentenlieferungen der Fall war, lehnen wir ab.

Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen, etwa Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir in der EU mit einer schnelleren und vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen. Dazu gehört etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Auch bei unseren Bündnispartnern werden wir uns
massiv dafür einsetzen, dass derartige Rechtsbrüche– wie z.B. der Fall Assange – aus der Welt geschafft werden. Nach Vorbild des kanadischen Resettlement- Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von Menschenrechts-Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu können.

Deserteur*innen und Kriegsdienstverweigerer verdienen unseren besonderen Schutz: Sie wagen es mit dem Risiko ihrer Freiheit, Gesundheit und teilweise sogar mit ihrem Leben dem gegenseitigen Töten im Krieg zu widersprechen. Dass Kriegsdienstverweigerer aus Belarus an der EU-Grenze in Litauen abgewiesen und nach Belarus zurückgeschickt werden, ist ein Skandal, den wir mithilfe des EU-Parlaments schnellstmöglich abstellen wollen. Auch in der Ukraine werden Kriegsdienstverweigerer unter dubiosen Vorwänden zu Freiheitsstrafen verurteilt. Die staatlichen Stellen in der Ukraine müssen aufgefordert werden, alles zu unternehmen, damit das Urteil gegen den Pazifisten und Publizisten Yurii Sheliazhenko schnellstmöglich wieder zurückgenommen werden kann.

Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen

Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen Menschenrechte. Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Gewalt, Armut und Krieg, aber auch von den Folgen der Klimakrise betroffen. Gleichzeitig sitzen oft nur wenige von ihnen mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der UN-Resolution 1325 ist der Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik ein, die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in allen Bereichen weltweit stärkt. Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen von Diskriminierung zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen der EU verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung sind Vorbild für die Debatte auf EU-Ebene.

Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer. Auch fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.

3. Eine europäische Sicherheitspolitik

Europa abrüsten und deeskalieren

Wir fordern, dass die Europäische Union ihre Stärken als Vermittlerin in Konflikten und als Bündnis für Frieden durch Kooperation und Zusammenarbeit in der Welt ausbaut. Den Europäischen Verteidigungsfonds als EU-Globalstrategie lehnen wir ab.

Der Verlauf des russischen völkerrechtswidrigen Angriffskriegs auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, dass militärische Aufrüstung Probleme nicht löst. Nötig sind vielmehr Diplomatie, Abrüstung, Entspannung und der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen sowie einer umfassenden Zusammenarbeit, welche vor allem mit der Bekämpfung des Klimawandels beginnen müsste.

Die Geldmittel, die aktuell wieder in die Rüstungsindustrie fließen, fehlen bei den dringend notwendigen Gegenmaßnahmen zur Erreichung der Pariser Klimaziele sowie beim notwendigen

Aufbau und Finanzierung von fairen und sozial korrekten Produktions- und Handelsbedingungen zur Ursachenbewältigung von Kriegen, Flucht, Vertreibung. Da das Geld nur einmal ausgegeben werden kann, führt der falsche Einsatz dieser Geldmittel vielmehr zu weiteren Kriegen, Bürgerkriegen, einer Verstärkung der Fluchtbewegungen und sozialen Verwerfungen in der EU. Durch das dann bedingte schnellere Fortschreiten des Klimawandels werden sich diese Konflikte weiter verstärken.

Eine engere Zusammenarbeit in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei gleichzeitig deutlicher Abrüstung und vor allem das „auf Null“-Zurückführen von Angriffsmöglichkeiten auf Dritte wird schnell zu deutlich sinkenden Kosten führen. Das Geld benötigt die EU zum einen für den Klimaschutz innerhalb der EU und vor allem in den betroffenen Ländern und zum anderen für Investitionen in die soziale Infrastruktur der EU, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken

Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit einer starken parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit der verbleibenden Verteidigungs-Streitkräfte wollen wir ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen notwendig.

Zivile und militärische Missionen dürfen sich künftig nur an der menschlichen Sicherheit orientieren. Insbesondere sollten Projekte für vorausschauende, konfliktvermeidende, pazifistische Strategieentwicklungen in gleicher Weise gefördert und finanziert werden. Frieden darf nicht erst ein Thema sein, wenn die Gewalt ausgebrochen ist. Gerade die lange Zeit der Friedensdividende hat uns gelehrt, dass in den Frieden dauerhaft investiert werden muss. Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist die Hauptaufgabe der EU-Gesellschafts- und -Außenpolitik.

Beteiligungen wie an den gescheiterten Einsätzen wie in Afghanistan oder Mali werden wir künftig nicht mehr mittragen. Sie verursachen immense Kosten und Schäden vor Ort, kosten Menschenleben auf Seiten der EU-Einsatzkräfte und erst recht auf der Seite der Einheimischen und verschlimmern gleichzeitig die Situation vor Ort. Eine Evaluierung des Afghanistan- und des Mali-Einsatzes ist überfällig.

Rüstungsexporte beenden

Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von EU-Waffensystemen schaffen mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit wird es möglich, künftig keine Waffensysteme mehr an Drittstaaten zu exportieren, ein Beitrag für eine gemeinsame Sicherheitspolitik. Waffen aus der EU dürfen nicht weiter, wie bisher teilweise geschehen, in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen. Das muss eine scharfe Überwachung der Lieferungen auch an einzelne EU-Länder sicherstellen. Wer sich dem nicht unterwirft, wird nicht mehr beliefert. Wir setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an repressive Regime und für ein Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten ein.

Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade in unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und Abrüstungsinitiativen fördern. Die EU muss sich endlich deutlich für eine Umsetzung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) und die darin vorgeschriebene Abrüstung einsetzen und

ihre Mitgliedstaaten zum Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu Vision Global Zero ermutigen. Da das Ziel unserer Bemühungen eine atomwaffenfreie Welt bleibt, wird unsere Fraktion von der EU-Ebene aus unterstützen, dass Deutschland hier vorangeht und als Erstes die gegen den NVV verstoßende „Nukleare Teilhabe“ beendet.

Daher werden wir auch einer EU-Atommacht keine Zustimmung geben. Vielmehr wollen wir in der EU darauf hinwirken, dass auch Frankreich sein Atomwaffenarsenal reduziert. Mittelfristig möglich wäre eine Unterstellung eines verbliebenen Restarsenals unter den Befehl der UN, um so eine Abwehr gegenüber atomaren Bedrohungen aufrecht zu erhalten. Das könnte Beispiel für andere Atomwaffenstaaten werden.

Die völkerrechtlichen Bemühungen um ein Verbot von autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben und Tod trifft.

Konflikten vorbeugen

Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die Konflikte frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel für friedensfördernde zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen und Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der UN und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir unterstützen.

Wir wollen zivile Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) als Instrument der EU-Außenpolitik durch mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten vorbeugen. Eine Neuausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf Migrationsmanagement lehnen wir ab.

Durch eine - anders als bisher – glaubwürdige und aktive Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende staatliche Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches Leid erzeugen und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären Hilfe wollen wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der EU-Organisation für humanitäre Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser koordinieren. Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe verpflichten, stärker auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen zu achten.

4. Globale Gerechtigkeit

Verlässliche Partnerin sein

Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die Menschen, die wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen. Damit stehen wir für eine gerechtere Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern als Autokratien. Wir wissen, dass dies faktisch teilweise eine Umkehrung der bisherigen Politik mancher EU-Länder gleichkommt, aber wir wollen, dass die EU aktiv den Wettbewerb um die Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den begonnenen Weg eines koordinierten Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften intensiviert. Dafür stehen wir auf EU-Ebene ein. Wir setzen uns für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz ein, das zu einem sozial und ökologisch gerechteren Handel beitragen kann.

Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen wir die bestehenden Instrumente der EU-Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in Hochschulen, NGOs oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert werden.

Globale Verantwortung annehmen

Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und ehemaligen Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen.

Damit wir auch dem Erbe unserer kolonialen Vergangenheit gerecht werden, müssen die von EU-Ländern verursachten wirtschaftlichen Schäden, Naturzerstörungen z.B. durch den Uranabbau, aber auch menschliches Leid anerkannt und so weit wie möglich finanziell ausgeglichen werden.

Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und Umweltschutzabkommen wollen wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser achten. Die EU-Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen kontinuierlich evaluieren und weiterentwickeln. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv einschränkt. Oft ist der Hintergrund das Verhalten der durch europäische Ex-Kolonialmächte gestärkten Diktatoren, bedingt durch die koloniale Geschichte oder durch die Ausbeutung ihrer Bodenschätze und ihrer Natur. Die Schuldenkrise der Entwicklungsländer ist ein Relikt neokolonialer Ausbeutung durch die Industrieländer und wird aktuell verursacht von westlichen Finanzinstitutionen, Staaten und Unternehmen. Wir fordern einen umfassenden Schuldenerlass für die Entwicklungsländer! Wir wollen verhindern, dass Rechtsräume der EU zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden,

was
die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter einschränkt.

5. Fairer Handel

Mit Handel Lebensqualität erhalten und verbessern

Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann Frieden stabilisieren. Es ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss so zu nutzen, dass sie durch Handelspolitik Wertschöpfung fördert und zusätzlich weltweit Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte beeinflusst. Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass wir Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft, liefert dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir Unternehmen in der EU dabei unterstützen, ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

6. Mehr EU in Europa

Erweiterungsperspektiven

Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte, verhindert Kriege und stabilisiert so den Frieden in Europa. Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unsere Lebensqualität. Deswegen ist es unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu unterstützen. Klare Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss sie ihre Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der EU, ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den acquis communautaire, vollumfänglich übernehmen.

Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten, ihre Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU ist uns eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

Westbalkanstaaten

Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU. Aber der Weg dahin ist teilweise noch weit, wie z.B. aktuell die Aggressivität Serbiens gegenüber dem Kosovo zeigt.

Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses Beitrittsversprechen

darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender Aufarbeitung der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess intensiv unterstützen. Die Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern, besonders auch die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine inklusive Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

Ukraine

Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, aller ihrer Menschen – auch der Minderheiten – und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen Sicherheitsgarantien.

Um das zu erreichen, unterstützen wir diplomatische Initiativen, um Wege aus dem Krieg aufzuzeigen. Verhandlungen mit dem Ziel eines Waffenstillstands müssen vorbereitet werden; eine Vermittlung durch die Vereinten Nationen ist unbedingt erstrebenswert. Unter der Ägide des UN-Generalsekretärs António Guterres sollte eine internationale Verhandlungskommission gebildet werden, die die Bedingungen des Waffenstillstands aushandelt.

Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide Seiten profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung, eine aktive Rolle der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene sowie einen sorgsamen Umgang mit
den Minderheiten und ihren Rechten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der Ukraine finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch großer finanzieller Anstrengungen und erheblich beschleunigter Verfahren, um schnelle Ergebnisse zu erzielen.

Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des Verbrechens des Kriegs aufklären und bestrafen.

Die grassierende Korruption in der Ukraine kann nicht nur durch Entlassungen bekämpft werden, sondern die Täter müssen sich vor einem unabhängigen Gericht verantworten, um die immensen Gelder zu rechtfertigen, mit denen die EU den Haushalt der Ukraine stützt.

Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass die EU die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als Zeichen der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den

Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt zur globalen Ernährungssicherung bei.

Georgien und Moldau

Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel von militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Wir stehen entschlossen zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat seit 2020 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent unterstützen.

Europäische Nachbarschaft

Auch wenn es im Augenblick es herausfordernd klingt: Es muss jedoch eine mittelfristige Zielsetzung sein, Russland einzubeziehen und keine Strategie der Isolation zu forcieren. Ein friedliches, starkes Europa kann es nur mit Russland geben.

Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir intensivieren.

Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-Mitgliedschaft anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im ausgeprägten EU-Interesse.

Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention stärken. Sie kann in der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

Türkei

Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine langjährige Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in der die Rechte aller ihrer Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in der europäischen Familie hat.

Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten entfernt. Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen EU-Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts, die Beteiligung im libyschen Bürgerkrieg oder die völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien und im Irak zeigen zugleich, was für eine schwierige Partnerin die Türkei für die EU und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage ist. Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und darüber hinaus engagiert.

Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und möglich ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des Klimawandels. Der

autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU, gegen die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Kurd*innen und andere Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger*innen im eigenen Land wenden, treten wir entschieden entgegen. Die türkische Regierung muss aufgefordert werden, alles zu unternehmen, damit die unzähligen politischen Gefangenen aus der Haft entlassen werden und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Folge geleistet wird.

Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit engagieren. Die EU muss die türkische Zivilgesellschaft, die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützen.

7. Ein starkes Europa in der Welt

Die östliche Nachbarschaft der EU

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren Kontinent. Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es zielgerichtete Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den Protesten rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für Demokratie und Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und mit Nachdruck für die Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft und Opposition, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Unterstützung belarussischer Deserteur*innen und Kriegsdienstverweigerer, die Sanktionierung des belarussischen Regimes und für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die Unterstützung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial unterstützt.

Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt. Gewalt, Lüge, Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde mundtot gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer Gefangenschaft. Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir sehen uns als Freund*innen und Partner*innen derer, die ein freies, friedliches und demokratisches Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher*innen all jener, die das verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die EU-Sanktionspolitik gegen die maßgeblichen Vertreter*innen des Regimes. Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben. Ändert sich diese Lage, muss jedoch umgehend umgedacht und entsprechend gehandelt werden. Die Pläne für diese Zeit müssen bereits jetzt erarbeitet und offengelegt werden, damit die russische Zivilgesellschaft die Alternative sieht und erkennt.

Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den russischen Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht und muss dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden. Dies muss allerdings für ähnlich gelagerte Fälle – auch in Bereich unserer Verbündeter – ebenso gelten, sonst wird diese Forderung unglaubwürdig.

Transatlantische Beziehungen

Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so tiefe gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen Einigung auf dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere europäische Gegenwart und Zukunft. Allerdings haben die USA auch mit ihren illegalen Kriegen z.B. gegen den Irak und Afghanistan zuvor auch Schuld auf sich geladen und Teile der heutigen Probleme der Weltlage im arabischen Raum mitverschuldet. Die Entstehung der Terrororganisation ISIS war eine direkte Folge des Irakkrieges und des folgenden unverantwortlichen Rückzugs. Bei allem Willen zur Zusammenarbeit muss auch dies berücksichtigt und thematisiert werden, um künftig derartige Fehlentwicklungen auszuschließen. Denn nur dann ist die US-Administration ein strategischer Partner: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte Erneuerung unserer Lebensqualität und für die Selbstbehauptung der liberalen Demokratie.

Nur dann können wir gemeinsam den klimaneutralen Umbau unserer Länder voranbringen.

Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig intensivieren und kritisch hinterfragen müssen. Das heißt zum einen, die transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Und zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine Stärkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU und eine deutliche Kritik an falschen Handlungen der US-Regierungen.

China

Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch Chinas teilweise aggressives Auftreten auf der globalen Bühne erschwert diese Partnerschaft. Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als Institution sowie für einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere Koordinierung des Verhältnisses zu China ein.

Mit seiner enormen Wirtschaftsentwicklung hat Chinas einen großen Anteil an der Globalisierung. Ihr verdankt besonders der Westen einen großen Teil seines materiellen Wohlstands. Von Chinas Wirtschaftskraft und wachsendem globalen Einfluss sehen sich aber inzwischen besonders die USA in ihrem hegemonialen Anspruch herausgefordert. Wir wollen uns nicht in den US-Handelsstreit mit China hineinziehen lassen. Zum Beispiel lehnen wir einen Generalverdacht oder gezielte Sanktionen gegen Firmen mit Xinjiang-Verbindung ab.

Wir kritisieren die Entsendung deutscher Marineeinheiten in die Indopazifische Region und setzen stattdessen auf Dialog, denn Konfrontation ist nicht das „was Frieden schützt“.

Naher Osten und Nordafrika

Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar für die EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend unerfüllt und in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir wollen aber trotz der schwierigen Lage eine Zusammenarbeit anstreben, die die wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der EU-Nahostpolitik stehen. Eine Zusammenarbeit mit Diktatoren, Rechtsbrechern und Mördern in allen Ländern der Region werden wir jedoch auf das allernötigste beschränken und bei neuen Exzessen gegebenenfalls auch aussetzen.

In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin sein für all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit und Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen tragen einige Staaten der EU hier eine besondere Verantwortung.

Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in der Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst Fluchtgründe schaffen. Dies lehnen wir ab.

Sowohl die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes als auch die gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina.

Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische Prinzipien und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir treten dafür ein, dass die EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes aufrechterhält und erweitert. Die iranische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden. Zudem muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und politisch verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich geschlossen werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen halten, der Westen allerdings auch an die zugesagten wirtschaftlichen Zugeständnisse, die unter Trump einseitig gekündigt wurden.

Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um Deeskalation in der
Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum Beispiel angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden überstürzten, panikartigen Abzug westlicher Truppen tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen in Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen

des öffentlichen Lebens. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind aufgrund ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher zu unserer Verantwortung für sie und die unverzügliche Evakuierung und Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger*innen innerhalb der EU.

Afrika

Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden. Wir wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in ihren Bemühungen unterstützen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu schaffen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Dabei begreifen wir die Stärkung einer echten Demokratie als wichtige Aufgabe. Scheinwahlen von Diktatoren oder deren Dynastien werden wir dagegen offenlegen und die so Gewählten nicht unterstützen.

Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht gekennzeichnet. Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den Folgen der Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde. Ein Rückfall in koloniales Verhalten ist jedoch auch nicht mit ökologischen Zielen zu rechtfertigen. Es muss eine Beziehung auf Augenhöhe sein – wirtschaftlich durch intensivere Wertschöpfung in den Ländern und moralisch durch Fairness und Offenheit. Im Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes werden wir – vor allem die betroffenen ehemaligen Kolonialmächte, also auch Deutschland – (auch finanzielle) Verantwortung übernehmen, um Respekt und Gleichberechtigung zu zeigen und auszuüben.

Indopazifik

Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum verschoben. Hier findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.

Wir wollen die enge Kooperation mit zentralen Partnern der EU wie Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-Staaten intensivieren. Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und wirtschaftliche Modernisierung legen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die Menschenrechte stärken.

In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz bedroht sind, obwohl sie selbst wenig zu den globalen Emissionen beigetragen haben. Wir wollen sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels konkret und finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit den Staaten der gesamten Region verankern.

Indien

Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an. Wir begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso wie die 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung für die

Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen, insbesondere die Diskriminierung und Verfolgung der muslimischen Minderheit. Wir unterstützen die indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer Konflikte in Grenzregionen ein. Waffenlieferungen, vor allem die Lieferung von U-Booten in diese Region, welche eine Zweitschlagfähigkeit im Fall eines Atomkrieges schaffen könnten, lehnen wir grundsätzlich ab. Wir werden die aktuelle Rückentwicklung der Demokratie und die zunehmende
Entrechtung von Minderheiten genau beobachten und bei weiterer Zunahme sanktionieren.

Lateinamerika

Wir wollen Aktivist*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von LGBTIQ*, Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine effektive Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika. Die Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine Intensivierung von Klima- und nachhaltigen Rohstoffpartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven Naturschutz. Die Klimapartnerschaft bedarf deutlich höherer finanzieller Anstrengungen. Klimaschutz muss sich in diesen Ländern auch für die Menschen wirtschaftlich lohnen. Der Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung muss bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

Die Handelsbeziehungen zwischen EU und Lateinamerika müssen auf das Wohl der Bevölkerungen
beider Regionen gerichtet sein. Das erfordert unter anderem, dass ein substanzieller Teil der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Das Mercosur-EU-Abkommen lehnen wir in seiner

derzeitigen Form ab, weil es dem entgegensteht. Es soll an erster Stelle großen Unternehmen der deutschen Auto-Industrie und dem brasilianischen Agro-Business nützen, während es die Rechte von Arbeitnehmer*innen in beiden Erdteilen und den für den Schutz des Weltklimas zentralen Amazonas-Regenwald bedroht.

Begründung

Die Hintergründe, die die Antragsteller leiten, finden sich in: Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (Link: https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc6--1b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf)

Der vorgelegte Originaltext beinhaltet an vielen Stellen Abweichungen und teilweise Umkehrungen alter grüner Beschlusslagen zum Thema Frieden wie Wahlprogramme oder Grundkonsens, ohne dass die Partei dies so beschlossen hätte.

Daher legen wir einen Gegenentwurf vor, der sich weitgehend auf die bisherige, älteren Beschlüsse bezieht und diese im EU-Wahlprogramm fortschreibt.

Vor allem wird Diplomatie und Verhandlung in den Vordergrund gestellt und dies auch begründet und mögliches Vorgehen dargestellt. Wir sind der Meinung, dass weitere Eskalierung des Krieges, weitere Aufrüstung und Lieferung immer stärkerer Waffen nur weitere Menschenleben kostet und keines der Probleme löst, weder kurz-, noch mittel-, noch langfristig löst. Im Gegenteil wächst damit täglich die Gefahr einer Ausweitung des Krieges.

Die Grüne Partei stand seit ihrer Gründung immer und uneingeschränkt für friedliche Konfliktlösung und gegen Gewalt. DAS soll von heute auf morgen - schon immer? - falsch gewesen sein? Wenn es noch richtig ist - wovon wir ausgehen - dann muss sich das auch in unserer Politik, auch als Teil der Regierung, wiederfinden.

Technischer Hinweis an den BuVo als Antragssteller des Gegenantrages:

Im Originaltext standen etliche Absätze, die mit dem Thema "Frieden" nur wenig oder sehr eingeschränkt zu tun hatten. Natürlicherweise konnten wir dies nicht alles aufgreifen oder übernehmen. WIR haben uns daher NUR auf das eigentlich Thema - s. Überschrift - "Frieden" konzentriert. Will der BuVo verhindern, dass diese genannten "Fremdanteile" im Falle der Annahme unserer Globalalternative vollständig herausfallen, müsste er einen ergänzenden Änderungsantrag an unseren Antrag stellen (oder eine andere Möglichkeit finden), um diese Textteile zu erhalten.

weitere Antragsteller*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Michael Kosthorst (KV Wesel); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Martin Pilgram (KV Starnberg); Berti Furtner-Loleit (KV München); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Sandra Smolka (KV Freising); Maria Regina Feckl (KV Erding); Marianne Rummel (KV Trier-Saarburg); Finn Schwarz (KV Tübingen); Lenio Elia Kunz (KV Birkenfeld); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.